

# Inhalt

Vorwort . . . . .	V
Hinweise für den Benutzer . . . . .	XV

## Zur Einstimmung

I. Prolog über eine gerechte Ordnung . . . . .	1
II. Grundgesetz für jedermann . . . . .	9

## 1. Kapitel: Gemeinschaft – Staat

§ 1 Was ist eine menschliche Gemeinschaft? . . . . .	15
§ 2 Was ist ein Staat? . . . . .	20
I. Der Staat als Form menschlicher Gemeinschaft . . . . .	20
II. Begegnung mit der Wirklichkeit . . . . .	22
III. Staatsgebiet – Staatsvolk – Staatsgewalt . . . . .	23
IV. Der deutsche Bundesstaat . . . . .	25
V. Die Drei-Elementen-Lehre in der Veränderung . . . . .	31
VI. Entwicklung zum Weltinnenrecht . . . . .	32

## 2. Kapitel: Würde – Freiheit – Gleichheit

§ 3 Der Staat, das Wesen des Menschen und seine Würde . . . . .	35
I. Grundorientierung an der menschlichen Natur . . . . .	35
II. Die Grundforderung des Seins: Jedes menschliche Wesen muss als Mensch anerkannt werden . . . . .	37
III. Menschliche Würde als die Unantastbarkeit menschlicher Kreatürlichkeit . . . . .	38
IV. Die rechtliche Gewährleistung . . . . .	40
1. Die Würde, ihr Anspruch auf Anerkennung und ihre Verletzung . . . . .	40

2.	Das „Ausgeliefertsein“ als Grundsituation einer Verletzung . . . . .	40
3.	Absoluter Schutz . . . . .	42
	a) Unantastbarkeit im Rahmen der Gemeinschaftsgebundenheit . . . . .	42
	b) „Klassische“ Menschenwürdeverletzungen . . . . .	43
	c) „Moderne“ Menschenwürdeverletzungen . . . . .	46
V.	Menschenwürde als Grundrecht und Basis der Grundrechte . . . . .	49
§ 4	Über die Freiheit . . . . .	49
I.	Idee und Begriff . . . . .	49
	1. Die natürliche Anlage zur Freiheit . . . . .	50
	2. Die Notwendigkeit gleicher Freiheit . . . . .	51
	3. Freiheit in Verantwortung . . . . .	52
	4. Verfälschung der Freiheitsidee . . . . .	53
II.	Die rechtliche Gewährleistung . . . . .	56
	1. Die Freiheit als Grundrecht . . . . .	56
	2. Grundrechtsträger und Grundrechtsadressaten . . . . .	59
	a) Grundrechtsträger . . . . .	59
	b) Grundrechtsadressat . . . . .	60
	3. Staatliche Schutzwürdigkeit für die Grundrechte . . . . .	60
	a) Schutzwürdigkeit im Bereich des öffentlichen Recht . . . . .	61
	b) Schutzwürdigkeit im Bereich des privaten Rechts . . . . .	62
III.	Die verschiedenen Funktionen der Grundrechte . . . . .	63
	1. Das Grundrecht als Abwehrrecht . . . . .	64
	a) Abwehrfunktion als zentrale Bedeutung . . . . .	64
	b) Garantie des allgemeinen Persönlichkeitsrechts als besonderes Anliegen . . . . .	64
	c) Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG als Auffangrecht . . . . .	66
	2. Das Grundrecht als Mitwirkungsrecht . . . . .	71
	3. Das Grundrecht als Leistungsrecht . . . . .	71
§ 5	Über die Gleichheit . . . . .	74
I.	Idee und Begriff . . . . .	74
	1. Freiheit und Gleichheit gehören zusammen . . . . .	75
	2. Gleichheit ist Chancengleichheit . . . . .	76
	3. Gleichgewichtsstörung zwischen Freiheit und Gleichheit . . . . .	77
	4. Egalisierung als demokratisches Übel . . . . .	80
II.	Die rechtliche Gewährleistung . . . . .	82
	1. Gleichheit ist kein selbsttragendes Recht . . . . .	82
	2. Verletzung der Gleichheitsrechte . . . . .	83

	<i>Inhalt</i>	IX
	3. Der allgemeine Gleichheitssatz . . . . .	84
	4. Die speziellen Gleichheitssätze . . . . .	87
§ 6	Gewährleistungsgegenstand und Schutz der Grundrechte . . . . .	89
I.	Was schützen die Grundrechte? . . . . .	89
II.	Wie und wieweit kann in Grundrechte eingegriffen werden? . . . . .	90
III.	Besondere Schutzvorkehrungen („Schrankenschränke“) . . . . .	92
	1. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip (Übermaßverbot) . . . . .	92
	2. Die Wesensgehaltsgarantie . . . . .	94
IV.	Insbesondere: Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte . . . . .	95
	1. Die Rechtsweggarantie des Art. 19 Abs. 4 GG . . . . .	95
	2. Der grundrechtsspezifische Rechtsschutz . . . . .	97
	3. Kapitel: Demokratie	
§ 7	Demokratie als Staats- und Regierungsform . . . . .	99
I.	Repräsentative Demokratie . . . . .	100
	1. Grundstimmung des Unbehagens . . . . .	100
	2. Neigung zum Systembruch . . . . .	101
	a) Die mangelnde Bereitschaft des Hinhörens . . . . .	102
	b) Die Aussperrung der „Abweichler“ oder das Ende einer offenen Kommunikation . . . . .	103
	c) Der unerfüllte Wunsch des Bürgers nach der Glaubwürdigkeit des Politikers . . . . .	104
II.	Volksrepräsentation durch besondere Organe . . . . .	106
	1. Einheit und Gliederung staatlicher Macht . . . . .	106
	2. Das Gesetzgebungsorgan . . . . .	108
	3. Das Exekutivorgan („vollziehende Gewalt“) . . . . .	111
	a) Die Bundesregierung . . . . .	111
	b) Die Verwaltung . . . . .	114
	c) Die militärische Verteidigung . . . . .	115
	4. Das Rechtsprechungsorgan . . . . .	116
	a) Die Begriffsmerkmale . . . . .	116
	b) Die Bundesgerichte . . . . .	118
	c) Das Bundesverfassungsgericht . . . . .	118
	Exkurs: Der Bundesrechnungshof . . . . .	123
	5. Der Bundespräsident . . . . .	123
§ 8	Die Bedeutung der Volkswahl . . . . .	127
I.	Legitimationskreislauf in offener Herrschaftsstruktur . . . . .	127
II.	Volkswahl, Auswahl und die Rolle der politischen Parteien	132

III.	Grundsätze der Wahl . . . . .	134
IV.	Wahlsystem . . . . .	136
V.	Mehrheitsprinzip . . . . .	138
VI.	Die Wahl als politische Richtungsbestimmung und permanente Kontrollbewertung . . . . .	140
VII.	Macht, Verantwortung und Vertrauen . . . . .	141
§ 9	Freier, offener und unreglementierter Diskurs . . . . .	145
I.	Argumentieren als Lebensluft der Demokratie . . . . .	145
II.	Der Volkswillensbildungsprozess als Rahmen des Argumentierens . . . . .	147
1.	Die Grundrechte als Instrumente . . . . .	147
a)	Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) . . . . .	148
b)	Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) . . . . .	154
c)	Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG) . . . . .	156
d)	Glaubens-, Bekenntnis- und Gewissensfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG) . . . . .	156
e)	Kunst- und Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG) .	157
f)	Parteienfreiheit (Art. 21 GG) . . . . .	157
2.	Charakter des Willensbildungsprozesses . . . . .	158
III.	Staatsfreiheit der Volkswillensbildung . . . . .	159
IV.	Gegenstand und Funktion der Volkswillensbildung . . . . .	160
§ 10	Mitwirkung an staatlichen Entscheidungen als Ergänzung der Volkswillensbildung (Partizipation) . . . . .	162
§ 11	Das Prinzip Selbstverwaltung . . . . .	163
§ 12	Distanz von Staat und Gesellschaft als Garantie der Freiheit . . . . .	164
I.	Prinzip der Nichtidentifizierung . . . . .	164
II.	Ermöglichung verschiedener Lebens- und Organisationsformen . . . . .	166
III.	Zuordnungsverhältnis von Staat und Gesellschaft . . . . .	168
§ 13	Die Demokratie in der offenen Staatlichkeit . . . . .	170
I.	Öffnung nach Innen . . . . .	170
II.	Öffnung zu staatsübergreifenden Institutionen . . . . .	171
III.	Insbesondere: Öffnung zur Europäischen Union . . . . .	172
1.	Von den Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union . . . . .	173
2.	Veränderung der Nationalstaaten . . . . .	174
a)	Staatenverbund, nicht Bundesstaat . . . . .	174
b)	Erosionserscheinungen . . . . .	176
c)	Fehler, Rechtsbrüche und Verwerfungen . . . . .	176

#### 4. Kapitel: Wandlungen des demokratischen Systems

§ 14 Gefährdung der Legitimation durch Machteinbußen des Parlaments . . . . .	183
I. Machtverschiebung vom Parlament zur Exekutive als Folge eines faktischen Entwicklungsprozesses . . . . .	183
1. Entwicklungen im Verhältnis von Parlament und politischen Parteien . . . . .	183
2. Entwicklungen im Verhältnis von Regierung und politischen Parteien . . . . .	188
Exkurs: Die Dominanz parteipolitischer Gesetzlichkeiten und ihre Folgen . . . . .	190
3. Reformüberlegungen . . . . .	193
II. Machtverschiebung als Folge der europäischen Integration . . . . .	200
1. Das demokratische Problem . . . . .	200
a) Strukturelle Grundanforderung Subsidiarität . . . . .	201
b) Grenzen der europäischen Integration . . . . .	205
c) Denken auf zwei Ebenen . . . . .	207
2. Konstituierung einer transnationalen Verbunddemokratie . . . . .	208
a) Das Europäische Parlament . . . . .	210
b) Die nationalen Parlamente . . . . .	211
c) Vorteile und Mängel der transnationalen Verbunddemokratie . . . . .	213
3. Die weiteren Organe der Union . . . . .	215
a) Der Europäische Rat . . . . .	216
b) Der Rat (Ministerrat) . . . . .	216
c) Die Europäische Kommission . . . . .	217
d) Der Europäische Gerichtshof . . . . .	218
e) Der Europäische Rechnungshof . . . . .	219
f) Die Europäische Zentralbank . . . . .	219
g) Allgemeines zur Sitzverteilung in den europäischen Organen . . . . .	220
4. Unionsrechtliche Grundfreiheiten und Unionsgrundrechte . . . . .	221
a) Die Grundfreiheiten des Binnenmarktes . . . . .	221
b) Die Unionsgrundrechte . . . . .	221
c) Die Einschränkungsmöglichkeiten . . . . .	226
d) Gerichtsschutz . . . . .	227
III. Résumé . . . . .	228
IV. Sind wir auf dem Weg in eine neue Welt? . . . . .	229

§ 15	Argumentation – ein Wirkungsfeld für Funktionäre . . . . .	230
I.	Parteien, Verbände, Medien: Die „Großen Drei“	
	bestimmen das Spiel . . . . .	230
1.	Die Legende vom politisch aktiven Bürger . . . . .	230
2.	Die politischen Parteien . . . . .	233
3.	Die Verbände . . . . .	235
4.	Die Sonderrolle der Medien . . . . .	238
a)	Macht, Verantwortung, Ethik . . . . .	238
b)	Autoritäre Massenmedien . . . . .	241
c)	Das Übel der „Political Correctness“ . . . . .	242
d)	Manipulation durch Medien ist ein Faktum . . . . .	244
5.	Gleiche Freiheit und Offenheit der gesellschaftlichen Willensbildung als Fiktion . . . . .	246
a)	Dem Willensbildungsprozess ist die Realitätsbasis abhanden gekommen . . . . .	246
b)	Eine Wendung zum Besseren ist nicht in Sicht . . . . .	247
II.	Volkswillensbildungsprozess in der Europäischen Union . .	248
1.	Verwobenheit nationaler und europäischer Willensbildung . . . . .	248
2.	Ansätze zur Ausbildung gesellschaftlicher Willensbildung in Europa . . . . .	249
§ 16	Schwindende Distanz – wachsende Gefahr für die Freiheit . . . . .	252
I.	Permanente Gefährdung durch Staat und Gesellschaft . . . . .	252
1.	Gefährdung durch den Staat . . . . .	252
2.	Gefährdung durch die Gesellschaft . . . . .	256
II.	Distanzverlust als Folge europäischer Integration . . . . .	258
III.	Resümee: Die Wandlungen bedrohen die Freiheit . . . . .	260

## 5. Kapitel: Das Sozialstaatsprinzip

§ 17	Verfassungsrechtliche Grundaussagen . . . . .	263
I.	Freiheitlicher Sozialstaat . . . . .	263
II.	Das soziale Grundanliegen . . . . .	265
III.	Eckpunkte sozialer Leistungserbringung . . . . .	266
§ 18	Die zentrale Position des Gesetzgebers . . . . .	268
I.	Sozialer Ausgleich . . . . .	268
II.	Soziale Sicherheit . . . . .	272
1.	Sozialversicherungsrecht . . . . .	272
2.	Soziale Entschädigung . . . . .	273
III.	Staatliche Mitverantwortung für die Wirtschaft . . . . .	273

1.	Die Bedeutung der Wirtschaft für den sozialen Staat . . . . .	273
2.	Die freie (und daher soziale) Marktwirtschaft . . . . .	274
3.	Eklatante Berührungsängste mit dem freiheitlichen Wirtschaftssystem . . . . .	277
4.	Dann und wann ein lichter Augenblick . . . . .	278
5.	Die Rückkehr zum Dirigismus . . . . .	278
§ 19	Gefahren und Verwerfungen . . . . .	280
I.	Am Anfang steht der Irrtum – Ausblendung der Wirklichkeit .	280
II.	Der Sozialstaat verkommt zum Wohlfahrtsstaat . . . . .	281
III.	Der Wohlfahrtsstaat als Staat der Umverteilung . . . . .	284
IV.	Die Misere der Verhaltensänderung . . . . .	288
1.	Umverteilungsstaat als Konfiskationsstaat – Schonhaltung der Gebenden . . . . .	288
2.	Forderungshaltung der Nehmenden . . . . .	290
3.	Hoffnung auf Wende? . . . . .	290
<b>6. Kapitel: Das Rechtsstaatsprinzip</b>		
§ 20	Herrschaft des Rechts . . . . .	293
I.	Rechtsstaat als Verfassungsstaat . . . . .	294
II.	Primat des Rechts – Ordnung in Freiheit . . . . .	294
III.	Spezifische Merkmale einer Rechtsordnung . . . . .	295
1.	Allgegenwärtigkeit des Rechts . . . . .	295
2.	Gebot der Rechtstreue . . . . .	296
3.	Rechtsklarheit in einer komplexen staatlichen Gemeinschaft . . . . .	297
4.	Formalisiertes und soziales Recht . . . . .	298
IV.	Differenzierte Rechtsordnung . . . . .	300
1.	Das Privatrecht . . . . .	300
2.	Das Öffentliche Recht . . . . .	300
V.	Arten und Verbindlichkeit hoheitlicher Verfügungen . . . . .	302
VI.	Rangordnung der Rechtsregelungen . . . . .	304
1.	Vorrang der Verfassung . . . . .	304
2.	Vorrang des Gesetzes . . . . .	305
3.	Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	306
4.	Vorrang des Rechts der Europäischen Union . . . . .	307
VII.	Durchsetzung der Rechtsordnung . . . . .	308
VIII.	Freiheit, Frieden und Sicherheit . . . . .	309
§ 21	Staatliches Gewaltmonopol und Rechtsdurchsetzung . . . . .	311
I.	Friedenspflicht und Rechtsgehorsam . . . . .	311

II.	Gefährdungen . . . . .	312
III.	Sonderproblem „politische Gewalt“ . . . . .	313
IV.	Dekuvrierende Einseitigkeit bei Gewaltbekämpfung . . . . .	315
§ 22	Das Prinzip der Gewaltenteilung . . . . .	318
I.	Grundanliegen einer Machtmäßigung durch Machtverteilung . . . . .	319
II.	Grundanliegen einer funktionsgerechten Organstruktur . . . . .	321
III.	Gefährdungen . . . . .	322
§ 23	Gewährleistung gerichtlichen Rechtsschutzes . . . . .	324
§ 24	Rechtsstaatliche Verwaltung . . . . .	325
§ 25	Rechtsstaatliche Prinzipien in der Europäischen Union . . . . .	326

### Zum Ausklang

I.	Erosion der Gerechtigkeit . . . . .	329
II.	Allgemeiner Orientierungsmangel . . . . .	331
III.	Zweifel an der freiheitlichen Demokratie . . . . .	333
IV.	Überforderung des Menschen durch die Menschenrechte? .	335
V.	Das große Wagnis. . . . .	338

Liste der verwendeten Literatur . . . . .	347
Sachregister . . . . .	359